EP-E-01-101

Kapitel 6: Ermöglichen, was vor Ort am besten gelingt: Europa der Regionen und Kommunen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
9. - 11. November 2018, Leipzig

Antragsteller*in:	KV Frankfurt am Main
Beschlussdatum:	19.09.2018

Änderungsantrag zu EP-E-01

Von Zeile 101 bis 102 einfügen:
Kommunale Ausschreibungsauflagen reduzieren

Das europäische Ausschreibungs- und Vergaberecht soll Transparenz und wirtschaftlichen Austausch fördern und den Wirtschaftsraum insgesamt stärken. Es führt aber immer wieder, gerade bei der Vergabe von Aufträgen in Kommunen, zu Fehlsteuerungen und zur faktischen Reduktion von politisch legitimierter Handlungsfähigkeit. So müssen zum Beispiel auch politisch beschlossene Bau- oder andere Dienstleistungen an kommunalen Einrichtungen europaweit ausgeschrieben werden. Das Verfahren und seine formalen Voraussetzungen macht rechtskonforme politische Vorgaben für viele Kommunen schwierig bis unmöglich und es überfordert und benachteiligt damit kleine lokale Anbieter von Dienstleistungen. Wir wollen für Kommunen Ausnahmen schaffen, um die politische Steuerungsmöglichkeit sicherzustellen, ohne Korruption und Vetternwirtschaft zu befördern.

Begründung

Selbst große Verwaltungen wie die Frankfurter Stadtverwaltung sind durch die Ausschreibungsprozesse von Leistungen insbesondere bei Bildungs- und Betreuungseinrichtungen oft überfordert. Zudem gelingt es oft nicht, die begründeten Wünsche der Nutzer*innen rechtsfest zu berücksichtigen und es kommt zu juristischen Auseinandersetzungen, die nicht zu vermitteln sind. Hierunter leiden die Betroffenen ebenso wie der Ruf von Politik und Verwaltung vor Ort. Hier müssen wir maßvoll nachsteuern.